



Antrag

der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW

Verkehrssicherheitsprogramm für Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betont, dass die Ziele der Vision Zero oberste Priorität haben. Erklärtes Ziel der Straßenverkehrsordnung ist es, dass kein Mensch im Straßenverkehr mehr sterben soll. Insbesondere vulnerable Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer wie Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Mobilitätseinschränkungen gilt es zu schützen. Es gilt deshalb, auch weiterhin Unfallrisiken zu minimieren und die Unfallprävention in drei zentralen Säulen zu verstärken

1. durch stärkere Aufklärung, Schulung und Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer,
2. durch konsequente Nutzung technischer Hilfen an und in Fahrzeugen,
3. durch Schaffung einer unfallverhindernden Infrastruktur, wo immer dies sinnvoll möglich ist.

Der Landtag bittet die Landesregierung, noch in dieser Wahlperiode ein Verkehrssicherheitsprogramm vorzulegen. Grundlage dieser Überarbeitung sollen die Ergebnisse der Evaluation der Verkehrssicherheitsarbeit sein.

Das neue Verkehrssicherheitsprogramm soll eine Mischung aus Infrastrukturmaßnahmen, Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen sowie Handlungsempfehlungen für Kommunen darstellen. Auch notwendige rechtliche Rahmenbedingungen des Bundes sollen aufgenommen werden. Soweit dies durch

die Evaluation der Verkehrssicherheitsarbeit gestützt wird, sollen die folgenden Punkte Berücksichtigung finden:

- Gerade bei der Überquerung von Landes- und Bundesstraßen innerhalb von Ortschaften gibt es häufig Risiken zwischen querenden Menschen und fließendem Verkehr. Hierfür sollen rechtliche Möglichkeiten genutzt werden, um leichtere Überquerungsmöglichkeiten zu schaffen. Dazu zählt die Errichtung von Ampelschaltungen, Fußgängerüberwegen oder Mittelinseln bzw. Querungshilfen.
- Die Überarbeitung des Schulwegeerlasses soll zügig vorgelegt werden. Während der aktuelle Erlass noch von 2022 ist, sollte die Überarbeitung nun Kommunen u.a. Sicherheit bei der Einrichtung sogenannter Schulstraßen geben.
- Erkenntnisse aus der Verkehrsüberwachung der Polizei, die Sicherheitsdefizite oder Unfallschwerpunkte identifizieren, sollen konsequent in die Infrastrukturplanung einbezogen werden.
- Die Unfallkommissionen leisten eine bedeutende Rolle in der Verkehrssicherheitsarbeit. Ihre Arbeit soll verpflichtender gestaltet werden. Sie sollen durch gezielte Schulungen gestärkt werden, Vorschläge für Entschärfungen von Unfallschwerpunkten vorzunehmen.
- Unfallgefahrenpunkte durch unklare Gestaltungen von Verkehrsführungen oder Regelauslegungen sollen beseitigt werden. Zum Beispiel sind bei straßenbegleitenden Radwegen Ab- und Einbiegesituationen klar zu gestalten.
- Die Anwendung der in § 45 (9) StVO erweiterten Möglichkeiten für Verkehrssicherheitsmaßnahmen soll unterstützt werden.
- Es wird ein Leitfaden zur Nutzung von S-Pedelecs und E-Bikes erstellt. Dieser wird gezielt an Fahrradverleihe sowie Fahrradhändler in Schleswig-Holstein ausgeteilt. Darüber hinaus soll die Förderung von Fahrtrainings für S-Pedelecs und E-Bikes geprüft werden, um auf die drastisch steigenden Unfallzahlen in diesem Bereich zu reagieren.
- Unfälle mit E-Scootern haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Die Verkehrssicherheitsarbeit soll dies künftig angemessen berücksichtigen.

Rasmus Vöge
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion

Niclas Dürbrook
und Fraktion

Bernd Buchholz
und Fraktion

Sybilla Nitsch

Und Fraktion